„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Eckhan,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark,
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für das Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Nach der Wahlschlacht

Saskatchewan hat seine Wahlschlacht am 2. Juni überstanden, ohne daß eine besondere Verschiebung der politischen Machtverhältnisse eingetreten ist. Die von der Opposition ausgegebene Losung: „It is time for a change" hatte nicht den von Konservativen und Progressiven erhofften Erfolg. Wenn man von einer „change", einer Aenderung, überhaupt reden darf, dann nur in dem Sinne, daß die Opposition im Provinzparlament noch unbedeutender und die Dunning-Regierung noch stärker geworden ist. Die Schwächung der Opposition ist nicht nur der Zahl nach deutlich in die Erscheinung getreten, sondern wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach noch fühlbarer in der Legislatur selbst auswirken. Auswärtige Blätter, wie das „Edmonton Journal", prophezeien bereits, daß der konservative Dr. J. T. M. Anderson, der in Saskatoon-Stadt gewählt wurde, zum Führer der Opposition in der Legislatur aufgestellt werde. Wir können uns schwer vorstellen, daß die sechs Progressiven, welche die Oppositionsmehrheit darstellen, sich unter die Fuchtel der drei Konservativen fügen wollen. Denn wenn auch die beiden Parteien im Wahlkampfe sich in dem Ziele, die Dunning-Regierung zu stürzen, einig waren, so liegen doch in anderer Hinsicht tiefgehende Gegensätze zwischen ihnen. Ein Hinweis auf die Protektionsgelüste der Konservativen und auf das Freihandelsprogramm der Progressiven zeigt das auf den ersten Blick. Aus dieser Lage der Dinge müssen sich unter den beiden Gruppen Schwierigkeiten ergeben, die nur dann beseitigt werden könnten, wenn sich die Progressiven ihre Legislaturpolitik von den Konservativen vorschreiben lassen würden. Das aber wäre gleichbedeutend mit dem progressiven Verzicht auf die Verwirklichung der den Wählern gemachten Versprechungen.

Uns selbst wird das Verhalten der Opposition in den kommenden Parlamentssessionen wenig Schmerzen bereiten. Auch die Dunning-Regierung kann mit einem stillen Lächeln den Seiltänzerkunststücken der Herren auf der Gegenseite des Hauses entgegensehen. Denn die Wahl hat das Vertrauen der Bevölkerung von Saskatchewan zur liberalen Verwaltung in geradezu glänzender Weise bestätigt. Ja, sie verfügt sogar über eine verstärkte Mehrheit.

Aber diese Tatsache sollte doch nicht die Regierung blind machen gegenüber möglichen Entwicklungen in der Zukunft. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, ist in einer ganzen Zahl von Wahlkreisen die liberale Mehrheit geringer als bei der letzten Wahl. Ein Anwachsen der oppositionellen Stimmen ist da und dort festzustellen, wenn sie auch in der Regel nicht ausreichten, um die konservativen, progressiven und unabhängigen Kandidaten als Sieger aus dem Kampfe hervorgehen zu lassen. Ein anderer Umstand, der zu denken gibt, ist die Niederlage des Herrn Croß in Regina. Die gewissenlose konservative Hetze gegen seine Person erklärt seinen Mißerfolg nicht in genügendem Maße. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß er vor allem ein Opfer der bisher verfolgten Alkoholpolitik geworden ist, die mit seinem Namen und seinem Department verknüpft war. Wir sagen den Lesern des „Courier" nichts Neues, wenn wir daran erinnern, wie lange die Abstimmung über die Prohibition hinausgezogen wurde, wie unbefriedigend das neue Gesetz für die Freunde einer freiheitlichen Regelung des Alkoholvertriebes ausfiel und wie unendlich lange die Ausführung der von der Legislatur beschlossenen Maßnahmen auf sich warten ließ. Wir vom „Courier" können mit ruhigem Gewissen sagen, daß wir zur rechten Zeit mahnend und warnend unsere Stimme erhoben, ohne daß man es in maßgebenden Kreisen für notwendig hielt, auf unsere Argumente zu hören. Man muß sich wundern, daß in dem von unseren deutschen Freunden bewohnten Ostende von Regina noch so viele Stimmen auf Herrn Croß fielen, während die englische Nordseite völlig versagt hat. Trotz aller Verärgerungen über die ungenügende Berücksichtigung der nichtenglischen Bürger bei Besetzung amtlicher Stellungen und trotz der gleichgültigen Behandlung der übrigen Forderungen der Deutschcanadier hat noch einmal die alte liberale Parteidisziplin bei den meisten über die auftauchenden Bedenken gesiegt. Einen bedeutenden Einfluß auf die Stimmung unter den Deutschsprechenden in Regina haben in letzter Stunde noch die Reden des Herrn Ministers Dr. Uhrich, namentlich seine deutschen Ansprachen, ausgeübt.

In den ländlichen Wahlkreisen standen zwar unsere deutschen Freunde im allgemeinen treu zur liberalen Sache. Doch ist stellenweise auch dort schon eine Abbröckelung bemerkbar, die einzelnen liberalen Kandidaten in Zukunft gefährlich werden kann. Gewiß kann durch regelmäßige Aufklärungsarbeit, die sich nicht nur auf Wahlversammlungen beschränken darf, mancher gewonnen werden, aber noch weit mehr Eindruck auf die deutschsprechenden Farmer würde eine liberale Politik machen, die den deutschcanadischen Interessen in weitestem Maße entgegenkommt.

Wir verlangen nichts Unbilliges, wir verlangen keine besonderen Vorrechte, sondern nur volle Gleichberechtigung und volle Anerkennung unserer natürlichen Rechte auf dem Gebiete der Sprache und Schule. Hier eröffnet sich für die uns nahestehenden Vertreter in der Legislatur ein Arbeitsgebiet, das zwar schwierig sein mag, aber auch gewiß sehr dankbar in anderer Hinsicht sein wird. Möge man das nie aus dem Auge verlieren!

— „Ohne Kenntnis des Deutschen ist es unmöglich, auf der Höhe der Wissenschaft zu stehen. Aber auch für geschäftliche Zwecke ist ein gutes Deutsch unschätzbar. Es wird ja viel mehr Handel zwischen England und Deutschland getrieben, als einige Politiker zugeben wollen." — Dr. W. W. Vaughan, Direktor des engl. Rugby-Kollegs.

Chinesen kämpfen gegen Fremdherrschaft

Arbeiter- und Studentenunruhen in Shanghai.

Chinesische Agitatoren forderten in Shanghai in Straßenreden eine allgemeine Erhebung der Volksmassen zur Vertreibung aller Fremden. Die Straßenredner stellen den Volksmassen in Aussicht, daß sie sich binnen einer Stunde zu Herren der Stadt machen könnten, wenn sie sich an der allgemeinen Erhebung beteiligen. Die Behörden führen die jetzigen Störungen direkt auf die Umtriebe russischer und chinesischer Kommunisten zurück und erklären, die Bewegung sei von Erziehungsanstalten unter Leitung der russischen Botschaft in Peking und des hiesigen russischen Konsulates geschürt worden.

Studenten, welche die Agitation in Gang brachten, traten Anstalten, einen Generalstreik in Szene zu setzen, der sich auf alle öffentlichen und private Betriebe, sowie alle häuslichen Dienste erstrecken soll.

Chinesische Studenten schossen von Hausdächern in drei Richtungen in den Straßen von Shanghai. Das Feuer war auf eine Abteilung des amerikanischen Freiwilligenkorps gerichtet. Thomas G. McMartin, ein amerikanischer Zahnarzt, wurde in den Rücken geschossen und das Pferd, das er ritt, getötet.

Die Amerikaner und die anderen Kontingente des Freiwilligenkorps erwiderten das Feuer mit Karabinergewehren und Pistolen. In kurzer Zeit wurden auch Maschinengewehre in Aktion gebracht, welche auf die Gebäude feuerten, von denen aus geschossen worden war. Wie viele bei dieser Fusilade verwundet wurden, erhellte nicht.

Italienische, amerikanische und britische Marinetruppen sind gelandet und haben über Nacht am Ufer Quartier bezogen. Die Italiener sind im japanischen Klub einquartiert worden. Amerikanische Matrosen besetzen die Wasserwerke.

Infolge der ernsten Vorfälle bei dem Aufruhr ist das Standrecht verkündet. Ausländische Konsuls verlangten mehr Schiffe zum Schutz der Stadt. Verschiedene Kriegsschiffe sind bereits nach Shanghai unterwegs. Bisher wurden 15 Personen getötet und 60 verwundet, darunter mehrere Polizisten. Der von den Chinesen erklärte Generalstreik breitet sich schnell aus. Verschiedene russische Kommunisten kamen unter der Beschuldigung in Haft, Wirren unter chinesischen Arbeitervereinigungen anzustiften.

Ungefähr 10,000 Studenten, welche mit den Aufrührern in Shanghai sympathisieren, hielten einen Umzug durch die Stadt. Sie trugen Banner mit der Aufschrift „Nieder mit den Imperialisten" „Nieder mit den Japanern". Wilde Tumulte sind in der Zunahme. Verschiedene neue Ausschreitungen mit Lebensverlust sind gemeldet. Die Behörden, welchen die Lage über den Kopf wächst, erließen Befehle zu scharfem Vorgehen und baten Ausländer um Beistand zur Wahrung der Ordnung.

Infolge von zwei neuen Ausschreitungen gab die Polizei Feuer, wobei zwei Leute getötet und viele verwundet wurden. Banken sind geschlossen. Nahrungsmittel werden rationiert. Truppen verschiedener Nationen suchen die Ordnung wiederherzustellen. Die Unruhen begannen am Samstag durch chinesische Studenten, die gegen die Verfolgung von Streikern in japanischen Baumwollspinnereien protestierten.

Weltumschau

Deutschland.

„Wenn die deutsche Jugend mehr dem Turnen und dem Sport obliegen und sich des Alkoholgenusses enthalten würde, so könnte Deutschland ich den Militarismus vollständig schenken." So erklärte der Reichswehrminister Dr. Otto Geßler in einer Verteidigung seines Ministeriums vor dem Reichstag. In anderen Ländern sei die Jugend dem Militarismus unterworfen, sagte er. Deutschland sei deshalb vollauf berechtigt, die heranwachsenden Generationen zu ermutigen, ihre Körperkraft und ihre Muskeln zu entwickeln. Die Schilderung der Verteidigungslage Deutschlands durch den Minister rief häufig anhaltenden Applaus im Reichstag hervor, aber seine Mahnung an die deutsche Jugend, sich des Trinkens zu enthalten, kam den Reichsboten etwas überraschend, besonders den Bayern, die auf eine Mäßigkeitspredigt nicht vorbereitet waren.

Dr. Geßler eröffnete dem Reichstag, die Bildung vertragswidriger Abteilungen werde nicht länger gestattet sein und irgend ein Offizier, der sich damit befassen sollte, werde ohne Verzug aus der Reichswehr entlassen werden. Die Hauptaufgabe der Reichswehr sei, die Landesgrenzen zu verteidigen. Ihre Unterhaltung koste jährlich 460 Millionen Mark, während sich der Etat des stehenden Heeres im alten Kaiserreich auf 1200 Millionen Mark gestellt habe.

Auf die Anschuldigungen übertriebener Kosten der Reichswehr antwortend, sagte Dr. Geßler: „Um die Kosten weiter zu verringern, würde es notwendig sein, unsere Rüstungen unter das Maß herabzubringen, der von den Alliierten für Deutschlands Bedürfnisse für notwendig erachtet worden ist. Deutschlands Politik ist der Friede. Nur ein Tollhäusler kann in unseren Tagen auf Krieg sinnen. Der Reichspräsident, ein militärischer Fachmann erster Ordnung, hat sich in diesem Sinne geäußert. Nicht einmal Offiziere opponieren einem vernünftigen Pazifismus. Das sind die Umstände, unter denen sich Deutschland vorbereitet, in eine internationale Verständigung zur gegenseitigen Sicherstellung der Grenzen einzutreten. Bis aber eine universelle Abrüstung erzielt ist, wird Deutschland gezwungen sein, eine Streitmacht zur Verteidigung zu unterhalten, die unseren Bedürfnissen entspricht. England gibt für seine Luftstreitkräfte allein mehr aus, als unser ganzes Militär-Budget ausmacht. Trotz der Ausmerzung Deutschlands, Oesterreichs und Bulgariens als aktive nachkriegszeitliche Militärfaktoren, stehen heute in Europa eine halbe Million Mann mehr unter Waffen als im Jahre 1918. Durch eine solche Lage wird natürlich alle moralische Ueberredungskunst bei dem üblichen Abrüstungsgeschwätz auf den Kopf geschlagen."

„All das Geschwätz über sogenannte geheime deutsche Rüstungen," fuhr Dr. Geßler fort, „ist reiner Unsinn. Einmal ist Deutschland zu arm für ein solches Unterfangen, und sodann ist ein Volk, wie das deutsche, das sein Herz auf den Lippen hat, vollständig außerstande, eine solche komplizierte Arbeit der Organisierung einer geheimen Armee durchzuführen."

Der Reichsminister erklärte weiter, es sei mit großen Schwierigkeiten verknüpft, ein fähiges Offizierkorps heranzuziehen, da der Militärberuf unter den derzeitigen Umständen alles nur nicht vorteilhaft sei. Nur Leute mit hinreichenden Mitteln könnten sich heute diesen Luxus leisten, da die Beförderung äußerst langsam erfolge und das Gehalt gering sei.

„Die deutsche Armee," schloß der Minister, „wie sie heute besteht, ist die Armee der Republik. Wir müssen sie aus der Politik halten. Ich habe es mir zur Aufgabe gemacht, Ordnung in ihren Reihen zu schaffen und den Geist der Loyalität zur Verfassung groß zu ziehen."

Gelegentlich der Besprechungen über die Richtlinien für die Nachentschädigung der durch die Beschlagnahme deutschen Privateigentums im Auslande Geschädigten hat der Hauptausschuß des Reichstages die Reichsregierung ersucht, ihre Forderungen auf Einbeziehung der Liquidationsentschädigungen in die Jahresleistung des Dawes-Planes mit Nachdruck fortzusetzen. Gleichzeitig wurde über diese Frage eine Denkschrift zusammengestellt und an zahlreiche Staatsmänner, Politiker und sonstige führende Persönlichkeiten in den alliierten Ländern und den Vereinigten Staaten versandt.

Der größte Dauerflug-Wettbewerb, der je in Deutschland unternommen wurde, hat begonnen. Während der nächsten Woche sollen die an dem Wettflug teilnehmenden Flugzeuge ganz Deutschland mit Ausnahme von Ostpreußen und dem besetzten Gebiet überfliegen. Fünf Tage hindurch werden in Zwischenräumen von 24 Stunden die Flugzeuge aufsteigen, um jeden Tag 650 Meilen zurückzulegen. Man glaubt nicht, daß von den 75 Bewerbern mehr als 3 das volle Programm der fünf täglichen Flüge durchführen werden können, da die Bedingungen hinsichtlich der Notlandungen, der Reparatur und der Kontrolle sehr strikt sind. Von Zeitungen und Geschäftsleuten wurden Preise von insgesamt 400,000 Mark gestiftet.

Dr. Fridtjof Nansen, der norwegische Polarforscher, ist in Berlin angekommen, mit Dr. Hugo Eckener, Leiter der Zeppelinwerke, die Zweckdienlichkeit von starren Luftschiffen für Erforschung arktischer Gebiete zu erörtern. Dr. Nansen wird auch andere deutsche flugtechnische Fachleute zu Rate ziehen.

Ostseestaaten

Mitte April fand eine Zusammenkunft der militärischen Vertreter der baltischen Randstaaten sowie Polens und Rumäniens in Riga statt, die in Rußland mit heftiger Aufregung kommentiert wurde, da man im Kreml als sicher annahm, man plane in der lettischen Hauptstadt unter dem Einfluß der französischen Diplomatie eine militärische Konvention gegen Sowjet-Rußland. Nun findet abermals eine Zusammenkunft der Vertreter von drei baltischen Randstaaten in Riga statt, worüber sich die polnische und die russische Presse aufregt. Da diesmal nur die Politiker Lettlands, Estlands und Litauens in der Stadt an der Düna um den Konferenztisch sitzen, wird in Polen vermutet, es handle sich jetzt um einen von der englischen Diplomatie inszenierten Schachzug, mit dem Zweck, Polen im Osten zu isolieren und seine Stellung gegenüber den östlichen und nördlichen Nachbarn zu schwächen. Besonders der Umstand, daß das russenfreundliche Litauen, das sich bisher, wenn Konferenzen der Randstaaten vorgeschlagen wurden, stets abseits hielt, an der jüngsten Zusammenkunft teilnimmt, erweckt das polnische Mißtrauen.

Die Moskauer Zeitungen schreiben, daß es für die kleinen baltischen Republiken höchst gefährlich sei, sich an die russenfeindliche Politik Polens und Rumäniens zu binden, da sie einsehen sollten, daß die Republiken des Baltikums wirtschaftlich zu sehr auf Rußland angewiesen seien, um mit Polen und Rumänien gemeinsame Politik treiben zu können, die die Möglichkeit bewaffneter Konflikte im Schoße trage. Es wird darauf hingewiesen, daß Finnland, der kräftigste und militärisch am besten gerüstete unter diesen Staaten, für ein Bündnis mit Polen und Rumänien nicht zu haben sei.

Schweiz

Angebliche bolschewistische militärische Uebergriffe an der persischen Grenze sind von Persien für so ernst erachtet worden, daß dessen Vertreter bei der Völkerliga in Genf erklärten, die Notwendigkeit eines Appells an den Völkerrat könnte sich ergeben, da die Lage eine solche sei, daß sie eine Gefahr für den internationalen Frieden darstelle. Den Russen wird hauptsächlich zur Last gelegt, sie hätten 3000 Nomaden und Tartaren in Turkestan aufgereizt, Bodjnurd in Persien anzugreifen, um von dort aus später die heilige Stadt Meschned zu besetzen.

Auf der in Genf tagenden Internationalen Konferenz für Arbeitsfragen hat Japan plötzlich das Einwanderungs-Problem vorgebracht. Tamon Maveda, der ständige japanische Vertreter in Genf, erklärte, die Einwanderungsfrage sollte zusammen mit den Welt-Arbeitsproblemen gelöst werden. Sollte dies nicht geschehen, würde die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in Ländern, die natürlicher Hilfsquellen entbehren und unter anderen Nachteilen leiden, beschränkt und vereitelt werden. Er behaupte keineswegs, daß das Prinzip des Rechts der Einwanderung ein absolutes sei. Er glaube, das Recht und die Freiheit der Einwanderung sollte gewissen Grenzen seitens der Länder, die Einwanderer aufnehmen, unterworfen sein, jedoch sollten diese Schranken vernünftig und unpersönlich auferlegt werden. Er betonte:

„Keine nachteilige Unterscheidung sollte wegen Rassen- oder nationaler Unterschiede erfolgen. Ich hoffe, der Einwanderungs-Ausschuß der Arbeitskonferenz werde dies Problem von einem wissenschaftlichen und unparteiischen Standpunkt behandeln und dadurch alle beteiligten Länder zufrieden stellen."

Großbritannien.

Da die Regierung von Indien in Erfahrung gebracht hat, daß in Afghanistan ein allgemeiner Aufstand gegen den Emir in Vorbereitung sei, wurde britischen Truppen in Indien der Befehl gegeben, gegen die indisch-afghanistische Grenze vorzurücken. Die Aufstandsbewegung soll das Resultat der Tätigkeit russischer kommunistischer Agitatoren sein, die angeblich auf dieses Ziel seit zwei Jahren in Afghanistan hingearbeitet haben.

Als eine der hauptsächlichsten Ursachen für die Unzufriedenheit des Volkes mit dem Emir wird angeführt, daß es mit dessen Bestrebungen, die Regierung zu modernisieren, nicht einverstanden sei und dem Emir nicht das Recht zugestehen wolle, sich in die nach religiösen Grundsätzen eingerichtete Regierung der einzelnen Stämme einzumischen. Diese Unzufriedenheit sei von ausländischen Agitatoren benutzt worden, das Volk zu einem Aufruhr aufzustacheln.

Die britische Regierung hat mit dem Emir Amanullah Khan einen Vertrag geschlossen, nach dessen Bestimmungen bolschewistischen Agitatoren das Betreten von Städten Afghanistans, die in einer gewissen Entfernung von der indischen Grenze liegen, verboten ist. In London meint man, daß ein von ausländischen Einflüssen angezettelter Aufruhr in Afghanistan leicht ein religiöser Krieg werden und gar einen großen Teil der Bevölkerung Indiens übergreifen könnte.

Die Ende Mai vorgenommenen Hinrichtungen von Rebellen haben die Aufruhrbewegung eher verstärkt als ihr entgegengewirkt. Die Lage wird von den britischen Behörden in Indien für ernst angesehen.

Frankreich.

Premier Painleve erklärte in einer Rede, die er in Straßburg bei einem Bankett hielt, daß Frankreich keine Mühe scheuen werde, um die Stabilität Europas zu sichern. Eine der Hauptbedingungen hierfür sei die zufriedenstellende Lösung des Sicherheitsproblems. Der Premier drückte seine Zuversicht in die Zukunft der europäischen Zivilisation und den Wunsch aus, daß das Volk von Elsaß und Lothringen behilflich sein möge, zwischen dem französischen und dem deutschen Volk eine Verständigung herbeizuführen und die Gehässigkeiten, die bisher beide Nationen getrennt haben, zu beseitigen. Er erklärte, nicht geneigt zu sein, blindlings zu vertrauen und meinte, ein blindes Vertrauen sei ebenso gefahrvoll wie ein blindes Mißtrauen. Letzteres lebe überall Verschwörungen und Gefahren und versäume infolgedessen oft den richtigen Augenblick zu einer Verständigung.

Painleve sagte dann, wenn Elsaß je wieder bedroht werden sollte, würde Frankreich zu seiner Verteidigung seine ganze Existenz aufs Spiel setzen. Er wolle diese seine Worte aber nicht als Drohung aufgefaßt sehen, da der höchste Ehrgeiz des Landes auf den Frieden gerichtet sei, und zwar auf einen gerechten Frieden, in dem Frankreich weder die Rolle des Unterdrückers noch des Unterdrückten spielen wolle. Er hoffe, daß der Tag bald anbrechen werde, vielleicht früher als man denke, wenn die Völker aus dem Kriege die richtige Lehre ziehen und die Schranken der Selbstsucht und des Hasses, die sie noch trennen, niederlegen werden und gemeinsam den Kampf gegen die Natur und gegen Plagen, unter denen alle Rassen und Länder zu leiden haben, aufnehmen werden.

Painleve gab Elsaß und Lothringen die Versicherung, daß unter seiner Regierung keine Maßnahme ohne vorherige eingehende Beratung mit Repräsentanten dieser Provinzen getroffen werden würden. Er stellte die Schaffung eines Beratungskomitees für Elsaß in Aussicht, das bei der Absorbtion der beiden Provinzen in das Mutterland alle lokalen Rechte wahren würde.

Der französische Ministerrat hat den vom Kriegsministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die „Allgemeine Organisation der Armee" gebilligt. Die durch den Entwurf ins Auge gefaßte Reform der militärischen Institutionen Frankreichs umfaßt drei Projekte:

1. Die Schaffung einer allgemeinen Organisation behufs der Fixierung der neuen Grundlage des Heeres.

2. Die Neuordnung des Rekrutierungswesens bei Festsetzung der militärischen Verpflichtungen der kriegsdienstfähigen Männer und einer Verkürzung der Dienstzeit.

3. Der Aufbau der Kaders und Effektivbestände, wodurch die Art und die allgemeine Gliederung der künftigen Armeeformation zum Ausdruck gelangen.

Der Gesetzentwurf über die allgemeine Organisation des Heeres ist dem Parlament bereits zugegangen, die Frage der Rekrutierung und der Dauer des aktiven Dienstes wird gegenwärtig vom Obersten Kriegsrat verhandelt, während die Angelegenheit der Kader- und Effektivstandregelung erst zu einem späteren Zeitpunkt wird durchberaten werden können, da vorher zahlreiche technische Organisationsfragen zu bereinigen sind.

Die Prinzipien der geplanten Heeresorganisation fußen auf den im Weltkriege gewonnenen Erfahrungen. Das gegenwärtig in Geltung stehende Militärsystem Frankreichs wurde im Gesetz vom 24. Juli 1873 inaugeriert. Sämtliche seither durchgeführte Reformen bezogen sich bloß auf die Dauer der aktiven Dienstzeit.

Rußland.

Rußlands Wodka-Produktion hat sich im letzten Jahre verdreifacht und der Regierung das größte Einkommen aus der Spirituosenfabrikation in der Geschichte gesichert. Die Regierung betreibt gegenwärtig 341 nationale Schnapsbrennereien, die bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt sind. Die Prohibition hat sich in Rußland als ein Fehlschlag erwiesen und die Regierung erklärte, daß sie die Stärke des Wodka vom Oktober an auf 40 Prozent erhöhen werde. Der Alkoholgehalt wird dann nur um 5 Prozent geringer sein als vor dem Kriege.

Jugoslavien

Der kommunistische Zeitungsverleger Milchi Piach ist in Belgrad unter dem allgemeinen Sicherheitsgesetz wegen Publizierung aufrührerischer Schriften zu 20 Jahren Kerker verurteilt worden; zwei seiner Genossen erhielten Strafen von 10 resp. 6 Jahren.

Italien

Finanzminister De Stefani kündigte der Abgeordnetenkammer an, daß das Bankhaus J. P. Morgan & Company einem Konsortium italienischer Banken einen Kredit von $50,000,000 bewilligt habe, um den Lirakurs zu stabilisieren.

Es wurde ebenfalls berichtet, daß die Diskontorate der Bank von Italien von 6 auf 6½ Prozent erhöht wurde.

Dänemark

Die „Danske Andelsbank" hat ihre Zahlungen eingestellt, wie die Kopenhagener Zeitungen melden, und ihr Aktienkapital von 23,000,000 Kronen (etwa $4,324,000) gilt als verloren. Die Zeitungen schreiben die Schwierigkeiten der Bank dem Umstand zu, daß sie nicht imstande war, 20,000,000 Kronen neues Aktienkapital zusammenzubringen. Die Bank war das Mutterinstitut verschiedener genossenschaftlicher Farmgesellschaften, die ihr ungefähr 51,000,000 Kronen schulden (etwa $9,588,000).

Die „Danske Andelsbank" ist eine beschränkte kooperative Gesellschaft mit dem Hauptquartier in Kopenhagen und etwa 100 Filialen in ganz Dänemark. Ihr Kapital und Reservefonds betragen ungefähr 15,000,000 Kronen, oder rund $2,820,000.

Polen.

Die deutsche Fraktion hat an den Handelsminister eine Interpellation gerichtet, die sich mit der Aufschrift der Adressen von Briefen befaßt. Die Generalpostdirektion hat nämlich eine Verordnung herausgegeben, derzufolge die Adressen von in Polen aufgegebenen Briefen nur in polnischer Sprache lauten dürfen. Die Interpellanten betonen, daß diese Verordnung gegen die Gleichberechtigung verstoße. Sie geben zwar zu, daß die Bezeichnung des Orts wie auch der Straße auf Briefadressen in polnischer Sprache erfolgen könne, doch dürfe nicht verlangt werden, daß auch der Name des Adressaten polonisiert werden müsse, da sonst die Verordnung eine Vergewaltigung der Minderheitenrechte darstelle.

Griechenland.

Offiziell wird bekannt gegeben, daß die Unterhandlungen zwischen Griechenland und Jugoslawien über eine Erneuerung des Bündnisses zwischen den beiden Staaten abgebrochen wurden.

Die griechische Republik wurde von Jugoslawien am 30. April 1924 anerkannt und ein Bündnispakt abgeschlossen, der aber gewisse politische Kreise in Jugoslawien nicht zufriedenstellte und im Februar d. J. gekündigt wurde. Seither waren Unterhandlungen über einen neuen Vertrag im Gange.

Marokko

Die Riffstämme unternahmen einen erneuten Angriff auf die Bibane-Höhen an der Quergha-Front, jedoch mit geringem Erfolg. In zwei vorausgegangenen Angriffen hatten sie schwere Niederlagen erlitten.

Weitere Zusammenziehungen von Abd-el-Krims Streitkräften werden aus verschiedenen Teilen der französischen Marokko-Zone gemeldet, doch hat sich die von den Franzosen erwartete große feindliche Offensive noch nicht verwirklicht.

Berichte vom Zentrum der Kampffront melden das Eintreten einer feindlichen Abteilung von 2500 Mann. Mit Ausnahme des scharfen Kampfes im Bibane-Raum sind jedoch nur kleinere Feuergefechte vorgekommen.

Ein Angriff der Riffstämme auf die Bibane-Höhen wurde mit Maschinengewehren unternommen. Bei den früheren Vorstößen hatten sie Geschütze von 75 und 100 Millimeter Kaliber gegen die starke Stellung in Anwendung gebracht.

Die französischen Truppen in Marokko haben, während sie erwarten, welche Verwendung Abd-el-Krim mit der Streitmacht macht, die er an seinen beiden Flügeln der Riff-Front zusammengezogen hat, hinter seinen Linien eine Offensive gegen die Hilfstruppen Abd-el-Krims eingeleitet.

Die amtlichen Meldungen lauteten sehr ominös. Zuerst wurde gemeldet, es sei nichts von der Marokko-Front zu berichten. Gleich darauf erfolgte eine Meldung, die Riffstämme konzentrierten bei Kisane die schwersten Streitkräfte, die sie bis jetzt ins Feld gestellt hatten, wozu bemerkt wurde, es liege offenbar in ihrer Absicht, die Verbindungslinien zwischen Algier und französisch Marokko zu durchschneiden.

In Marseille hat die Polizei zwei Frauenspersonen namens Claria Esperosa und Jeanne Corteggiani in Verbindung mit der Verteilung von Traktätchen, welche die nach Marokko sich einschiffenden Truppen zur Meuterei auffreizen, in Haft genommen. Die Aufreizung geht von Kommunisten aus. In Rabat, Marokko, sind jetzt Kommunistenzellen aufgespürt worden, welche französische Geheimdokumente über Truppenbewegungen Abd-el-Krim zuzustellen suchten. Dabei sollen die dortigen Kommunisten sich bei Auswahl der Zuträger geirrt haben. Etliche davon sollen die Dokumente anstatt an Abd-el-Krim zu befördern, ohne weiteres dem französischen Hauptquartier zugestellt haben. In Casablanca und in anderen Orten wurden dieserhalb Verhaftungen vorgenommen.

Vereinigte Staaten.

Im Zusammenhang mit seinen ständigen Verteidigungsplänen erwägt das Kriegsamt die Organisierung eines Armee Dienstkorps von Frauen. Nach dem vorläufigen Plan werden die Dienste von Nichtkämpfern, welche Frauen im Weltkrieg verrichteten, erweitert. Ein zweifacher Zweck wird erreicht. Einmal sollen die Soldaten, die derzeit in Beschäftigungen von Nichtkämpfern tätig sind, für den Kampf freigelassen und dann soll die Leistungsfähigkeit des Heeres erhöht werden. Zur militärischen Beschäftigung für Frauen gehören der Dienst als Köchinnen, Krankenpflegerinnen, Telegraphistinnen sowie Wäscherinnen und anderes.

Eine Untersuchung des Dienstes der 90,000 Frauen, welche während des Weltkrieges im amerikanischen Heer waren, ergab Mängel und der Generalstab sucht diese Fehler bei seinem allgemeinen Mobilmachungsplan zu verbessern. Bei dem neuen Plan war die Kriegserfahrung von Großbritannien Offizieren zufolge von Nutzen. Im Jahre 1917 organisierte das britische Kriegsministerium das Hilfskorps von Frauen, — „Queen Mary Corps" — um gewisse Stellungen im Inland und an der Verbindungslinie Uebersee durch Frauen anstatt durch Männer zu ersetzen. Das Korps, das eine Stärke von 250,000 erreichte, bildete einen Teil des britischen Heeres.

Unentschuldbar und schändlich

Unter dieser Ueberschrift lesen wir in der New Yorker Staatszeitung:

„Ein Wörterbuch soll dazu dienen, den Wissensdürstigen über die Abstammung, Zusammensetzung und Bedeutung eines Wortes ohne parteiische Auslegung aufzuklären. Es ist nicht die Aufgabe eines Lexikons, in irgend einer Weise Partei zu ergreifen.

Wir finden in dem von der Funk & Wagnalls Company herausgegebenen „The Standard Dictionary of the English Language" das Folgende:

HUN. 1. One of a barbarous Asiatic race which invaded Europe (4th cent.). 2. (Recent.) A German soldier. 3. Same as Vandal, 2.

Zu deutsch: Hunne. 1. Angehöriger einer barbarischen asiatischen Rasse, die Europa überrannte (4. Jahrh.). 2. (Neuerdings.) Ein deutscher Soldat. 3. Das Gleiche wie Vandal, 2.

Hier haben wir ein Beispiel eines Lexikons, wie es nicht sein soll. Der Vergleich des deutschen Soldaten mit den Hunnen ist ein Kriegsüberbleibsel, das unter keinen Umständen in einem Nachschlagewerk Aufnahme finden sollte. Die Verfasser haben sich einer Geschmacklosigkeit, wenn nicht eines Schlimmeren schuldig gemacht, die verwerflich und unentschuldbar ist. Sie haben sich dazu hergegeben, den Kriegshaß aufrecht zu erhalten und ein ganzes Volk, das zugestandenermaßen an der Spitze der Zivilisation marschiert, in gemeiner Weise zu verunglimpfen. Sie haben der Welt einen schlechten Dienst erwiesen. Ihre Handlungsweise kann nicht scharf genug verurteilt werden."

— „Jedes Kind muß bis zum vierzehnten Jahre in seiner Muttersprache erzogen werden. Sonst wird es kein ganzer Mensch." — Lloyd George.

— Weisheit entspringt nicht so sehr aus dem Verstande als aus dem Herzen.

— Der körperliche Zustand hängt sehr viel von der Gemütsverfassung ab. Man suche sich vor allem zu erheitern und von allen Seiten zu beruhigen.

— Verrat spricht zierlich, Treue redet schlecht.